

Maximilian Steinbeis

Die verwundbare Demokratie. Strategien gegen die populistische Übernahme

Hanser Verlag, München 2024

304 Seiten, 25,00 Euro (E-Book 14,99)

ISBN 978-3-446-28129-5 (E-Book 978-3-446-28095-3)

Maximilian Steinbeis ist von Hause aus Journalist und betreibt seit inzwischen 15 Jahren das Portal „Verfassungsblog.de“ <https://verfassungsblog.de/>. Dort hat er seit Sommer 2023 mit einem großen Team das „Thüringen-Projekt“ <https://verfassungsblog.de/thuringen-projekt/> betrieben, in dem am Beispiel des erwähnten Bundeslandes untersucht wurde, „welche Spielräume eine autoritär-populistische Partei auf Landesebene hätte, um ihre Macht zum Schaden der Demokratie einzusetzen und sich im Falle einer Regierungsübernahme oder -beteiligung gegen rechtsstaatliche Bindungen und Kontrolle, demokratischen Wettbewerb und öffentliche Kritik zu immunisieren“.

Die Ergebnisse dieses Projekts sind in die vorliegende Veröffentlichung eingeflossen und werden deshalb in dieser Besprechung nicht mehr im einzelnen dargestellt. Deren Schwerpunkt soll vielmehr auf dem ersten Kapitel des Buches liegen, in dem Steinbeis allgemeiner über das Problem referiert, „dass es möglich wäre, innerhalb einer Legislaturperiode das Grundgesetz aus den Angeln zu heben, ohne offenen Verfassungsbruch und ohne einen Buchstaben an der Verfassung zu ändern“ (beide Zitate von der Webseite des Thüringen-Projekts).

Der Autor konstatiert dort zunächst, den US-Politikwissenschaftler Samuel Huntington zitierend, eine „dritte Welle“ der Demokratisierung“, die im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts nach und nach faschistische und autoritäre Regimes und „kommunistische Diktaturen“ in Europa und Lateinamerika beseitigt und mit dem arabischen Frühling den Anschein erweckt habe, dass sich dieser Prozess fortsetzen könnte. Aber spätestens seit Mitte der 10er-Jahre kam der Autoritarismus zurück. „Aber nicht mit den alten Methoden, durch Militärputsch, Staatsstreich und gefälschte Wahlen. Er bemächtigte sich der Institutionen der Demokratie von innen heraus, machte sie sich zu eigen, durchdrang und besetzte sie allmählich, um sie schließlich gegen sich selbst zu richten, und zwar nicht nur in Regionen, die man sich angewöhnt hatte als 'instabil' und in puncto demokratischer Kultur sozusagen zurückgeblieben zu betrachten, sondern auch und gerade in den Mutterländern der Demokratie schlechthin.“ (S. 12)

Damit ist das zentrale Anliegen und gleichzeitig die zentrale These des Buches beschrieben: Autoritär-populistische Kräfte brauchen gar keine größeren Gesetzesbrüche oder gar Gewaltmittel, um demokratische Strukturen und Abläufe komplett außer Kraft zu setzen. Das formale Gerüst demokratischer Staaten reicht nicht aus, um eine Übernahme durch undemokratische Akteure zu verhindern. Daraus folgt zwingend die Konsequenz, dass die Schulmeinung, Demokratie sei vor allem ein Bündel an formalen Regelungen, mindestens unzulänglich, wenn nicht falsch ist. Das wird im Buch so nicht direkt ausgesprochen, ergibt sich aber implizit aus dem später noch vorzustellenden Schlussfazit des Autors.

Steinbeis stellt uns paradigmatisch für seine Einschätzung den offen rechtsradikalen Afd-Politiker Brandner vor, der von sich behauptet, er sei „ein Grundrechts-Extremist“ (S. 8). Eine solche Aussage funktioniert über das Konstrukt „Volk“. Von dem geht, wie auch Steinbeis zitiert, laut Grundgesetz zwar „alle Staatsgewalt aus“, aber was heißt das? Im Verständnis des „autoritären Populismus“ sei es nicht der demokratische Prozess, der den Willen des Staatsvolkes ermittelt, sondern „die Volksidentität ist allem Recht und allen demokratischen und justiziellen Verfahren vorgängig“. Entscheidend für diese Sicht ist, dass „das Volk ... als natürliches, kulturelles und historisches Faktum mit sich selbst identisch“ ist, ein „Spiegelbild seiner selbst“ (S. 13).

Der Autor wird im Folgenden immer wieder zeigen, wie diese reine Konstruktion eines „Volkes“

pure Ideologie ist, ausschließlich dazu da, eigene Machtansprüche zu begründen und „abgehobene, kosmopolitische Eliten“ (ebda) zu delegitimieren. Das ist sachlich sehr fundiert und macht deutlich, warum all diejenigen die Aggression der autoritären Populisten auf sich ziehen, die die Irrealität dieses Konstrukts durch ihre bloße Existenz augenscheinlich machen. So klar Steinbeis das bezüglich Migrantinnen und Migranten auch herausarbeitet, so schwach wird nur ausgeleuchtet, wie derselbe Hass grundsätzlich eben auch alle trifft, die aus dem autoritären Einheitsbild herausfallen oder es offensiv infrage stellen. Zwar gibt es den Hinweis, dass mit „Gender und Postcolonial Studies, Rassismus-, Migrations- und Klimaforschung bis hin zur Virologie“ alles „ins autoritär-populistische Fadenkreuz“ gerät, was „das identitäre Spiegelbild irritiert“ (S. 162). Aber man hätte sich gewünscht, dass deutlicher geworden wäre, wie gerade der Antifeminismus ein, wenn nicht das zentrale gemeinsame ideologische Moment aller rechtsradikaler Strömungen und gleichzeitig ihre Brücke, ihre direkte Verbindung zum konservativen Spektrum ist. Auch über die Ambivalenz des Volksbegriffs als solchem wäre zu reden. Dass aus dem „Wir sind das Volk“ im Spätherbst 1989 innerhalb kürzester Zeit ein „Wir sind ein Volk“ werden konnte, weist ja schon darauf hin, dass die Vorstellung vom „mit sich selbst identischen Volk“ in jedwedem „Volk“ lauert. Nicht umsonst ist im Deutschen kein Adjektiv von „Volk“ mehr im Gebrauch, denn das würde „völkisch“ heißen.

Trotz dieser kleinen Einschränkung bleibt zu betonen, dass Steibeis den Mechanismus der Ausschließung als zentrales Machtmittel herausarbeitet: „Die Institutionen werden unterworfen, umgebaut und mit loyalen Gefolgsleuten besetzt, die dann politische Gegner und Minderheiten und andere nicht zum wahren 'Volk' Dazugehörige drangsalieren, auf dass sie die Identifikation mit dem Volks-Spiegelbild nicht länger stören. ... So rückt die Volksidentität in den Rang einer Art Metaverfassung hinter der Verfassung, die gegen die Verfassung und ihre Institutionen in Stellung gebracht werden kann, ohne dabei je deren Deckung verlassen zu müssen.“ (S. 15)

Besonders bedeutsam erscheint mir Steibeis' Hinweis, dass es oft „gar nicht die Dinge (sind), die ein politischer Akteur *nicht* tun darf, die sich als besonders schädlich für die Demokratie erweisen, sondern die Dinge, die er rechtlich tun *darf*, aber ... nicht tun sollte oder eben einfach nicht tut“ (S. 41; Kursivschreibung im Original). Das ist erschreckend realistisch und wenn man sich die Abläufe bei der Konstituierung des neuen Thüringer Landtags anschaut muss man befürchten, dass auch andere Prognosen des Buches eins-zu-eins aufgehen könnten.

In den folgenden drei Kapiteln beschreibt der Autor dann, was zu erwarten ist, wenn autoritäre Populisten noch gar nicht an der Regierung (Kapitel 2), an der Regierung (Kapitel 3) oder gar dabei sind, „alles schön ruhig“ (Kapitel 4) zu gestalten. Ich gehe darauf nicht weiter ein, aber sehr vieles, das dort beschrieben ist, dürfte uns bald erwarten. Wer nicht die Zeit oder das Geld aufbringen kann, das vorliegende Buch zu erwerben oder zu lesen, was ich dringend empfehle, sollte dann doch unbedingt auf die Webseite des Thüringen-Projekts gehen.

Steinbeis betont immer wieder, wie wichtig Verfahren sind, mit denen sich die „freien und gleichen Verschiedenen“ (immer wieder, z. B. S. 15) offen begegnen und „ihre Gegensätze produktiv auf Dauer stellen“ können. Aber er ist sich absolut bewusst, dass dabei weder die Regeln noch die Institutionen das Ausschlaggebende sind, sondern die Menschen, die sie mit Leben füllen müssen. Er macht sehr wohl Vorschläge, und zwar zahlreiche, ganz einfache wie politisch kontroverse, wie man die Institutionen stärken, die Verfahren verbessern, Schwachstellen beheben, Unklarheiten beseitigen könnte, aber sein Fokus liegt woanders. Der liegt auf den „Menschen, die ihre Verantwortung nicht an den Staat und das Rechtssystem auslagern, auf dass ihnen diese die Zumutung der Stellungnahme vom Leibe halten, sondern die entschlossen und vorbereitet sind, mit ihren Rechten und Befugnissen, mit ihren Handlungsspielräumen und Netzwerken und nicht zuletzt mit ihren Körpern Position zu beziehen, wann und wo es nötig wird. Und es wird nötig werden. Der Sog der Versuchung, das Dilemma zulasten von ausgrenzbaren, verwundbaren Minderheiten aufzulösen, ist enorm und zieht keineswegs nur diejenigen an, die den autoritären Populismus offen

auf ihre Fahnen schreiben. Ihm sich entgegenzustemmen, wo immer er einem begegnet, im Betrieb und am Frühstückstisch, im Lehrerzimmer und im Besprechungsraum, im Amt und im Gerichtssaal, an der Wahlurne und am Wahlkampfstand, und am Ende und ganz besonders auf der Straße: Das ist die Antwort auf die Frage, was um Gottes willen wir denn jetzt tun können, damit wir nicht alle im Autoritarismus enden. Denn die Verfassung wird uns nicht schützen. Umgekehrt vielleicht schon.“  
(S234)